

21. Oktober 2004

## Eichel legt Rekordnachtragshaushalt vor

Erneut hat unsere Bundesregierung mit einer Rekordnettokreditaufnahme von 43,7 Milliarden Euro den Stabilitätspakt das vierte Mal in Folge verletzt. Wenngleich diese mit 2,0 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt geringer ausfällt als im Jahr 1996, wo sie bei einer Verschuldung der damaligen Regierung von rund 40 Milliarden Euro 2,2 Prozent erreichte, so ist diese Ausrede dennoch wenig überzeugend, da die Fehler der politisch Verantwortlichen der Kohl-Ära hinreichend bekannt sind. Daß die gegenwärtige Regierungskoalition sich das auch noch als Erfolg anrechnet, zeigt, wie wenig Verantwortungsgefühl sie im Grunde besitzt und wie sehr es ihr nur um ihren persönlichen Machterhalt geht, der wieder einmal auf dem Rücken der Allgemeinheit ausgetragen wird. Was die frühere Bundesregierung zudem entlasten mag, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren, zumindest an die damals herrschende Stimmung geknüpft, deutlich besser als heute. Nach dem Grundgesetz Artikel 115, *Kreditaufnahme, Grenzen*, darf die Nettokreditaufnahme nur dann über dem Investitionsvolumen liegen, wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist. Diese Ausnahmesituation, argumentiert die Bundesregierung, sei für das Jahr 2004 gegeben gewesen. Wegen eines Ungleichgewichts im sogenannten „magischen Viereck“, d.h. Preisniveaustabilität, hohem Beschäftigungsstand, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht (= ausgeglichener Zahlungsbilanz) und stetigem Wirtschaftswachstum, läge nach ihrer Sicht eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vor. Daß unsere Regierenden nicht gerade große Denker sind, ist nichts Neues, daß ihre Definition von Gleichgewicht aber gar nicht erst auf eine Analyse der verschiedenen Gleichgewichtsformen eingeht, zeigt einen deutlichen Mangel an Bildung. Bekanntlich kann ein Gleichgewicht stabil, labil oder indifferent sein. Es wird also so getan, als sei die Störung eine Abweichung von einem stabilen Gleichgewichtszustand, den es schon in der Vergangenheit nicht gegeben hat, und der im übrigen schon seit längerem instabil war und wiederholt zu kippen drohte. Man braucht dazu nur Überlegungen über das ins Ungleichgewicht geratene Gesundheits- und Rentenwesen, eine Folge der demographischen Entwicklung, sowie die Konsequenzen der Globalisierung in bezug auf den Arbeitsmarkt anstellen, um Einsicht in deren Wesenheiten zu erlangen, von den Folgen des Klimawandels, der weltweiten Bedrohung durch den Terrorismus, bis heute unbezwingbaren Krankheiten wie Malaria und Aids sowie der unkontrollierten Migration, die ganze Völker in Bewegung setzt, ganz zu schweigen. Als Begründung für die Neuverschuldung kann also Artikel 115 des Grundgesetzes, worin es heißt: „Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“, wahrlich nicht herhalten, denn es liegt keine harmlose Störung vor, sondern eine schlimme Erkrankung, und daher helfen dem Staat in dieser Situation auch keine Finanzspritzen, sondern führen ihn desto tiefer in die Schuldenfalle, ein Umstand, den die nächste Generation auszubaden hat, so nicht überhaupt das Chaos ausbricht, und den auch die kommende Bundesregierung, ganz gleich welcher Couleur, nicht bewältigen wird. Man wird dieses Gleichgewicht kippen sehen, so wie man eben Gegenstände fallen sieht, denen keine Kraft entgegenwirkt, und zwar, weil man sich nicht auf exaktes Verständnis konzentriert, sondern oberflächliche Betrachtungsweisen anstellt. Nach den Regeln der Logik kann die Zukunft nichts Besseres bringen als die Gegenwart, so wie jede Differentialgleichung, die exponentielles Wachstum beschreibt, wieder nur eine Exponentialfunktion als Lösung haben kann. Mit anderen Worten, alle obengenannten Bedrohungen, die einem wirtschaftlichen Aufschwung entgegenstehen, und einen solchen wird es in Anbetracht des gegenwärtig betriebenen Sozialabbaus innerhalb Deutschlands kaum geben, werden ebenfalls

anwachsen. Wie man angesichts einer solchen Lösungsmannigfaltigkeit noch den Ansatz machen kann, eine wirtschaftliche Gesundung herbeizureden - die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt -, entzieht sich der Nachvollziehbarkeit und ist, übertragen auf den Sprachgebrauch des Justizvollzugs, grobfahrlässig, wenn man hierfür nicht gar den Ausdruck kriminell gebrauchen möchte. So hieß es anlässlich einer Innovationsoffensive am 30. September 2004 im Bundestag: „Wir sind aus der wirtschaftlichen Stagnation heraus. Das war das Ziel, das wir uns im vergangenen Jahr mit dem Dreiklang aus Strukturreformen, Haushaltskonsolidierung und Wachstumsimpulsen gesteckt hatten. Der IWF hat gerade jetzt in seiner Beurteilung über Deutschland gesagt, daß genau dies der richtige Weg sei.“ Daß es sich bei dem hier vorgelegten Satz nur um Denkfehler, wenn nicht gar um vorsätzliche Lügen handelt, beweist schon allein die abgelaufene Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft während der letzten Jahre. Einerseits beklagt man sich über zu geringe Steuereinnahmen, andererseits unterläßt man aber auch alles, weitere Steuererhöhungen für unverzichtbar zu erklären. Es schade der Wirtschaft und sei dem Konsum abträglich, heißt es. Diesen Widerspruch jedenfalls vermag die gegenwärtige Bundesregierung nicht aufzuheben. Doch täte sie gut daran, dem Beispiel Alexanders zu folgen, den Gordischen Knoten zu durchtrennen. Daß Steuersenkungen nicht zu Mehreinnahmen des Staates führen, sondern zu vermehrter Spartätigkeit anstatt zu mehr Investitionen, ist Leuten wir Clemens und Eichel kaum klarzumachen. Also muß der Staat den Leuten das Geld abnehmen und muß es selbst in die Wirtschaft stecken. Das aber nennen Wirtschaftshäretiker unter den Volkswirten Subventionen. Motor dieser gezielten Verelendungspolitik sind die ständigen Erpressungsversuche der Industrie, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern und dem Sozialträger, sofern man nicht nach ihrer Pfeife tanzt, einen Berg von Arbeitslosen zu hinterlassen. Die Industrie, die für die Probleme im Land maßgeblich verantwortlich ist, erlaubt sich das nur, weil sie weiß, daß es unter unseren Politikern keinen einzigen gibt, der das Rückgrat besäße, ihr die Leviten zu lesen, denn sie alle machen sich zu Bütteln und Hanswürsten des Kapitals. Der Kapitalismus ist ihr Glaubensbekenntnis, und noch nicht einmal ansatzweise wurde von einem von ihnen ein Vorschlag zu industriellen Reformen unterbreitet. Daß die kommenden Harzgesetze keine Welle der Entsolidarisierung, sondern der Gewalt hervorrufen werden, deren Leitragende gewiß nicht die um ihren Personenschutz nicht bangen müssenden Politiker sind, und Kosten für erhöhten Sicherheitsaufwand, wie man ihn beispielsweise in Amerika betreibt, auf uns zukommen, sieht das blinde Auge des Politikers nicht, der es sich ja leisten kann, sich jedes Jahr eine neue Brille verschreiben zu lassen. Mithin ist wieder einmal etwas mehrheitlich zu unserem Wohle geschehen, was aber nur scheinbar so aussieht, denn auf die langen Gesichter, die es schon bald geben wird, wird man sich freuen können, doch werden diese, zumindest was die Politiker angeht, andere sein.